



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KI/272 - 26. November 1956

Hinweise

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-93

Fernschreiber 0806890

Ungarns Tragödie löst CDU-Propagandaoffensive aus	S. 1
Adenauer - drei Tage im Mittelpunkt der japanischen Politik	S. 3
Zur Diskussion um die Kriegsdienstverweigerer	S. 5
Zu einer Rede des früheren Verteidigungsministers Blank	S. 8

Kalter Krieg löst keine Probleme

Sp. Die freie Welt hat in den vergangenen Wochen mit Trauer und Bestürzung die Wiederwerfung des ungarischen Freiheitskampfes mit ansehen müssen, ohne dem opfernden Volke in seiner bedrängten Lage zu Hilfe kommen zu können. So sehr die Herzen aller freien Menschen auf der Seite der mutigen Ungarn schlagen, wird man nicht umhin können, das brutale Vorgehen der Sowjets als Beweis für ihre Entschlossenheit zu betrachten, den Ausbruch der Satellitenländer aus ihrem Machtbereich und damit aus dem östlichen Paktssystem nicht tatarlos zuzusehen. Wenn daher der opferreiche Kampf des ungarischen Volkes als leuchtendes Panol eines unbesiegbaren Freiheitswillens in die Geschichte eingehen wird, so ist er doch gleichzeitig auch ein überzeugender Beweis für die Hoffnungs- und Erfolgslosigkeit einer Politik der Stärke als eines Mittels, den Sowjets gegenüber vollendete Tatsachen zu schaffen. Dies noch immer nicht erkannt zu haben ist die Ursache für die fehlgeleitete Bonner Ostpolitik.

Gegenwärtig kleben in Lande Nordrhein-Westfalen Plakate, auf denen die deutsche Jugend mit einem Hinweis auf Ungarn aufgefordert wird, bereit zu sein, "Freiheit und Heimat zu schützen". Eine Massenbroschüre mit dem Plakattext als Titelblatt wird in Lande verteilt. Adenauer selbst sieht in den Ereignissen eine "Bestätigung für die Richtigkeit seiner Politik", weil es ein waffenloses Land geradezu zum Angriff einlade. Und über seine Turnorganisation "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" lässt Adenauer Sondermaterial verbreiten, in dem

die Dinge in unverantwortlicher Weise vereinfacht werden und in unglaublicher Schärfe der Sprache die Ablehnung von Handelsabmachungen und Kontakten mit den Sowjets sowie von Einladungen gefordert wird.

Adenauer hat sich wohl zu tief in dem Gestrüpp seiner wirklichkeitsfremden Aussenpolitik verstrickt, als dass es für ihn und seine Partei noch einen Ausweg gäbe. Binst zählte er vor dem Bundestag die Zahl der kampfbereiten Divisionen auf, die die Sowjets und ihre Satelliten zum Angriff auf die freie Welt bereitstellen. Nachdem sich nun die Unzuverlässigkeit der Satelliten-Streitkräfte am ungarischen und polnischen Beispiel herausstellt, sieht Adenauer in der inneren Auseinandersetzung im östlichen Machtbereich eine neue Bedrohung. Ein Angriff auf die Bundesrepublik würde, das besagen alle amerikanischen Erklärungen, den Dritten Weltkrieg auslösen. Das weiss auch der Kanzler. Ein paar westdeutsche Divisionen mehr oder weniger ändern nichts an dieser Tatsache.

Am betrüblichsten aber ist es, dass Adenauer und der CDU-Bundesvorstand mit keinem Wort auf die deutsche Wiedervereinigung eingehen. Wenn man sich nun noch massiver als früher gegen das "Schlagwort von der Koexistenz" wendet, so sollte man doch auch offen sagen, dass damit auf eine Wiedervereinigung Deutschlands verzichtet wird. Die wiederaufgegriffene Sprache des Kalten Krieges, die bei der CDU vornehmbar wird, ist jedoch ungeeignet für die Herbeiführung einer Atmosphäre der Entspannung und Verhandlungsbereitschaft. Die CDU erweist sich daher immer mehr als ein Hemmnis für eine Politik des friedlichen Ausgleichs und damit der deutschen Wiedervereinigung.

Nachdem die weltpolitischen Realitäten Adenauer zu einem Kurswechsel nicht veranlassen können, erscheint es konsequent, dass er seine Partei auffordert, die weltanschaulichen Grundlagen wieder stärker herauszuarbeiten und sich auf "die grosse Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, den entscheidenden Kampf gegen den Materialismus" vorzubereiten. Da die Kommunisten in der Bundesrepublik keine politische Bedeutung haben, deutet sich in dieser Aufforderung schon die Richtung der CDU-Wahlkampf-führung an. Jeder wird wieder damit rechnen müssen, verdächtigt und verleumdet zu werden, der nicht in Adenauers Fußstapfen des Kalten Krieges zu gehen bereit ist. Adenauers Aufforderung an seine Partei, zur Offensive überzugehen, kann nach den nun einmal vorliegenden Erfahrungen zu den ernstesten Bedenken für das Klima des Wahlkampfes Anlass geben.

Verständnis und Aufgeschlossenheit für
Deutschlands Lebensfrage

H.B., Tokio, 20. November

"Japan und Deutschland sind sich in ihren Sorgen und Hoffnungen näher und ähnlicher, als es die geographische Entfernung vermuten lässt, denn beide sind wir Nachbarn der Sowjetunion und beide müssen wir mit ihnen verhandeln, um unsere wichtigsten nationalen Aufgaben lösen zu können", das sagte ein hoher japanischer Diplomat bei einem der vielen Treffen auf hoher politischer Ebene, die aus Anlass des Besuches des deutschen Oppositionsführers stattfanden, trotz eigener politischer Hochspannung in Tokio.

Unter diesem Gesichtspunkt versteht man es um so eher, warum Japans Außenminister Mamoru Shigemitsu die wichtige Parlamentsdebatte über die japanisch-sowjetischen Verhandlungen verliess, um mit Erich Ollenhauer ein ausgedehntes ernstes politisches Gespräch zu führen und warum er noch ein zweites Gespräch mit dem Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie suchte und warum ebenfalls der stellvertretende Außenminister eine Aussprache mit Ollenhauer wünschte.

Bei der Genauigkeit, mit der man hier am Fusse des Fujijama über die deutschen Probleme im Bilde ist, ist es fast beschämend, wie wenig wir im Grunde über das Japan der Nachkriegszeit wissen, vor allem auch über die Kraft der sozialistischen Bewegung, die in diesem Lande zu einer entscheidenden politischen und gesellschaftlichen Formungskraft wurde.

Dreimal hatte Erich Ollenhauer Gelegenheit, bei Jahresfeiern der japanischen Sozialdemokratie die Grüsse der Deutschen zu überbringen, dreimal in einem Rahmen, der ebenso fremdartig wie liebenswürdig war.

Einmal war es bei einer Massenkundgebung in Tokios, der Zehn-millionen-Hauptstadt, grösster Versammlungs- und Sporthalle, wo eine nach Tausenden zählende Menge von Männern und Frauen Ollenhauer als Vertreter der deutschen Sozialisten stürmische Ovationen darbrachte, wobei die Übergabe einer deutschen Parteifahne an den Vorsitzenden der kürzlich erst wiedervereinten japanischen Partei, den kleinen, lächelnden grauhaarigen Sozialisten und Schriftsteller von hohen Graden Masaburo Suzuki wie dem robusten Generalsekretär Inejiro Asanuma gleichzeitig zu einer Art Überfall der Wochenchau- und Fernsehoperatoren wurde. (Im Fernsehprogramm konnte man am nächsten Tag die gleiche

Szene mit weniger Aufregung noch einmal mit allen Einzelheiten verfolgen).

Das andere Mal stand Ollenhauer im Mittelpunkt eines japanischen Gartenfestes der Partei, bei dem die politischen Reden eingerahmt wurden von den zeremoniellen Tänzen der Geishas und des festlich bunte Bild der Frauen und Mädchen in seidenen Komonos und farbenprächtigen Obis, den breiten kostbaren brokaternen Rückenschleifen der alten Tracht, zusammenklang mit dem Feuerlodern des Herbstlaubs und dem lustigen Schaukeln riesiger Papierlaternen.

Dasselbe Schauspiel wiederholte sich in Osaka, Japans grösster (2 Millionen)-Industriestadt, wo ebenfalls Massenkundgebung und Gartenfest für den Besuch Erich Ollenhauers und des von Bombay herübergekommenen sozialistischen österreichischen Vizekanzlers Adolf Schärf arrangiert waren.

In der Herzlichkeit der Empfänge spiegelte sich die allen hier sehr bewusste Erkenntnis über die Ähnlichkeit des deutschen und des japanischen Nachkriegsschicksals.

Selten könnte einem deutschen Beobachter die Weltverflochtenheit der deutschen Situation einer geteilten Nation deutlicher vor Augen gestellt werden, als hier aus der japanischen Perspektive. Aber ebenso deutlich wird einem hier auch die Weltverantwortlichkeit jeden Schrittes deutscher Politik bewusst. Je mehr die deutsche Politik sich nach welt-politischen Massstäben ausrichtet, desto grösser dürfte auch ihre welt-politische Wirkung sein und die brennendste Frage, die Wiedervereinigung, ein verständnisvolleres Weltecho finden.

Der deutsche Oppositionsführer hat bisher auf dieser Reise durch die asiatischen Länder keine Gelegenheit versäumt, ernst, nachdrücklich und wirkungsvoll die führenden Köpfe aller politischen Lager auf dieses deutsche Kardinalproblem hinzuweisen, das, wie hier jeder unterstrich, nicht nur ein deutsches, sondern ein Weltproblem ist. Das ausserordentliche Echo, das diese Gespräche und Konferenzen und Interviews hatten, fand seinen Niederschlag in Bild und Text als Spitzenbericht auf den ersten Seiten der fünf Millionenblätter der japanischen Hauptstadt.

Wohlthuend ist dabei immer wieder das ungewöhnliche Vertrauen,

das dem deutschen Oppositionsführer entgegengebracht wird und die fast selbstverständliche Überzeugung, dass die Sozialdemokratie schon in aller-nächster Zukunft führend an der Gestaltung der deutschen Politik beteiligt sein dürfte. Darum versteht man auch, dass die führenden Männer der Politik den menschlichen Kontakt zu Ollenhauer suchen, um eine persönliche und politische Beziehung einzuleiten, die nicht mit dem Abflug in ein anderes Land wieder abgebrochen werden soll.

Die nächsten Etappen der Reise führen zu anderen Brennpunkten der asiatischen Politik, von denen Burma und Delhi die bedeutendsten sein dürften.

+ + +

Das Recht auf Zusammenschluss

Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

Es droht chronisch zu werden, die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer zu verdächtigen, dass sie einem Missbrauch des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung für solche Wehrpflichtigen Vorschub leisten könnten, die sich - wie man sagt - aus egoistischen Gründen der Wehrpflicht zu entziehen suchen und jedes persönliche Opfer für die Sicherung des Volkes und seiner Freiheit ablehnen. Diese Verdächtigung ist deshalb gegenstandslos, weil der zum Wehrdienst Taugliche doch nur die Wahl hat, entweder seiner gesetzlichen Wehrpflicht zu genügen oder einen Ersatzdienst von gleicher Dauer und mit denselben Opfern zu leisten. In Wahrheit besteht daher die angebliche Alternative gar nicht, dass man sich durch die Kriegsdienstverweigerung irgendwie "drücken" könne. Oder soll bestritten werden, dass auch durch die Ableistung des Zivildienstes ein dem Wehrdienst gleichwertiges Opfer für die staatliche Gemeinschaft gebracht wird?

Dieses Scheinargument, dass man sich bloss gegen einen - von niemandem gebilligten - Missbrauch des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung wenden wolle, ist ebenso wenig wert wie die früher übliche, aber unrichtige, ja unwahrhaftige und durch den tausenfachen Märtyrertod von Kriegsdienstverweigerern widerlegte Bezeichnung, dass die Verweigerer eben nur "Feige" wären. Wer nicht hoffnungslos hinter seiner Zeit hinterhinkt, muss sich ohnehin darüber klar sein, dass in einem Atomkrieg, falls es überhaupt noch eine Spur von Sicherheit gegenüber atomaren Waffen geben sollte, diese Sicherheit einzig und allein im bewaffneten und mit allen technischen und organisatorischen Hilfsmitteln ausgestatteten Verbande der kämpfenden Truppe geben wird.

Kollektive Differenzierung

Wer die Frage aufwirft, warum die Kriegsdienstverweigerer sich zusammenschliessen, Verbände büros unterhalten und publizistisch für eine Aufklärung tätig sind, muss sich die Gegenfrage entgegenhalten

lassen, warum denn die Wehrdienstwilligen, also die Soldaten, sich ebenfalls gewerkschaftlich organisieren und weshalb die Regierung mit Steuergeldern für den Wehrdienst wirbt und über seine Gestaltung und Bedeutung aufklärend tätig wird. Wer diese Gegenfrage - mit Recht - bejaht, kann die andere Frage nicht verneinen, es sei denn, dass er doch die Kriegsdienstverweigerer diskriminieren will.

Wir alle haben in mehrfacher Weise kollektive Diffamierungen erlebt. Insbesondere die kollektive Diffamierung von Bevölkerungsgruppen wegen ihrer Abstammung, um deretwillen man diesen Gruppen das Grundrecht auf Gleichheit vor dem Gesetz absprach, hat zu namenlosem Elend, zu nicht wiedergutzumachendem Unrecht und zu Morden geführt. Wer sich, auch wenn es aus Irrtum oder Verblendung geschah, an jener kollektiven Diffamierung wegen der Abstammung in seinen Veröffentlichungen betätigt, sollte sich heute einer besondern Zurückhaltung befleißigen oder seine Pflicht zum Schweigen anerkennen, um nicht noch einmal an einer solchen kollektiven Diffamierung schuldig zu werden. Nazimethode ist es, Menschen kollektiv zu diskriminieren und die Wahrheit zu entstellen oder zu verschweigen, nicht aber, an Unlichkeiten zu erinnern, sie mögen noch so bitter und peinlich sein. Nur wer die Wahrheit unterdrückt, dass der Kriegsdienstverweigerer einen nach Dauer und Verzicht dem Wehrdienst gleichwertigen Ersatzdienst zu leisten hat, kann behaupten, dass sich in den Vereinigungen der Kriegsdienstverweigerer Menschen (die dann beziehungsweise als "Elemente" betitelt werden) organisieren, die angeblich jede Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit ablehnen und nur an ihren persönlichen Vorteil denken.

Die Kriegsdienstverweigerer haben das in der Verfassung verbürgte Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit nicht nur deshalb, weil es ihnen wie jedermann gesetzlich zusteht, sondern sie müssen davon auch Gebrauch machen können. Wer da sagt, ein Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen bedürfe doch keinerlei Hilfe durch eine Organisation von Gleichgesinnten, sondern er brauche bloss "einfach" bei seiner Einberufung die ihn bedrängende Gewissensnot dem Meldeamt mitzuteilen und sich der Überprüfung zu stellen, der verfälscht die Wirklichkeit. So einfach ist dies gar nicht.

Verfassungswidrige Erschwerung

Viele Menschen, insbesondere die schlichten und unbeholfenen Menschen, werden weder wissen, ob gerade ihre persönliche Gewissensnot überhaupt als beachtlich anerkannt wird, noch haben sie eine Vorstellung davon, wie sie sich gegenüber einem Ausschuss oder einer Behörde verhalten sollen. Die Lage der Kriegsdienstverweigerer ist verfassungswidrig noch dadurch erschwert, dass es nach der Klausel in § 25 des Wehrpflichtgesetzes ja gar nicht auf das Gewissen des wirklichen Menschen ankommen soll, sondern statt dessen darauf, ob er intellektuell einer abstrakten Theorie der allgemeinen und unbedingten Gewaltlosigkeit zwischen Staaten huldigt. Wie aber steht es mit solchen Bürgern, die zwar keineswegs dogmatische Pazifisten sind,

aber eine unüberwindliche Gewissensnot deshalb leiden, weil sie in einem gespaltenen Vaterlande den Bruderkrieg fürchten oder weil sie sich von der Gerechtigkeit eines möglichen Krieges nicht überzeugen können?

Seit jeher hat die Frage nach der Gerechtigkeit eines möglichen Krieges zu den allerschwierigsten gehört. Ein Krieg kann ungerecht sein, weil seine Mittel, z.B. die Anwendung von Atomwaffen, sittlich unzumutbar erscheinen. Ein Krieg kann ungeracht sein, weil er nicht durch eine Verteidigungsnotwendigkeit im konkreten Falle begründet ist oder weil seine Ziele über das gebotene Mass hinausgehen oder zu den Opfern in keinem Verhältnis stehen. Ein Krieg kann auch ungerecht sein, weil gerade im Atomzeitalter die zu befürchtende Vernichtung des eigenen Volkes oder der gesamten Menschheit in keinem sinnvollen Verhältnis mehr zu den Aufgaben einer Kriegführung steht.

Der Übermacht des Staates ausgeliefert

Die Möglichkeit der Gewissensnot des Einzelnen ist also sehr vielfältig, so dass er der Aussprache mit anderen Menschen, die vor den gleichen Fragen stehen, bedarf und in höchstem Masse auf Beratung angewiesen ist. Wer dem Kriegsdienstverweigerer das Grundrecht auf eine Gemeinschaft mit seinesgleichen nehmen und ihn isolieren will, der wird ihn in hilfloser Vereinsamung der Übermacht des Staates und seiner Behörden sowie dem vernichtenden Druck der kriegsdienstbereiten Organisationen ausliefern.

Der Kampf gegen das Vereinigungsrecht der Kriegsdienstverweigerer ist daher in Wahrheit nichts anderes als ein Kampf gegen unmittelbar die Kriegsdienstverweigerung selber. Dieser Kampf wird unter Vorwänden geführt, die nicht stichhaltig sind, besonders indem man verschweigt, dass der Kriegsdienstverweigerer einen Ersatzdienst zu leisten hat.

Schliesslich kann auch bei einer sachlichen und redlichen Betrachtungsweise nicht geleugnet werden, dass die Kriegsdienstverweigerer korporativ ein ebenso berechtigtes Interesse an einer Einflussnahme auf die Gestalt des Ersatzdienstes haben, wie das gleiche Interesse selbstverständlich für die soldatischen Organisationen hinsichtlich der Art des Wehrdienstes und seines inneren Gefüges zu bejahen ist.

Ich wiederhole nochmals, wie wünschenswert es wäre, gerade auch für die Stellung der Bundeswehr in Volke, wenn sich endlich alle demokratischen Kräfte über diese selbstverständlichen Grundsätze eines Rechtsstaates einigen könnten.

Zwei redende Verteidigungsminister sind zuviel

-st- Die abrupte Ausbootung des ersten Verteidigungsministers der Bundesrepublik, des CDU-Abgeordneten Theodor Blank, hat leider nur eine sehr kurzfristige Wirkung auf ihn gehabt. Herr Blank hat am Wochenende in Essen vor Delegierten der CDU-Sozialausschüsse Jakob Kaisers erklärt, dass nach den Ereignissen in Ungarn kein Mensch mehr von Atomwaffen und Umrüstung spreche. Man frage vielmehr nur noch, wie schnell und wie viel Divisionen und Panzer bereitgestellt werden könnten. Und nun müsse er dem deutschen Volk sagen, dass Mitte Oktober, als er noch Verteidigungsminister gewesen sei, die Bundeswehr bereits über 1000 Panzer verfügt hätte.

Dazu ist zunächst zum Faktischen zu sagen, dass die Amerikaner bis etwa zum 15. Oktober - also einen Tag vor Theo Blanks schlichten Abschied - tatsächlich 1000 gepanzerte Kettenfahrzeuge geliefert hatten, darunter auch Schützenpanzerwagen. Eigentliche Panzer, nämlich gepanzerte Kampfwagen oder Tanks, waren aber nur etwa 700 Stück, die meisten von Typ M 47, eine gewisse Anzahl auch vom leichteren Typ 21. Die Zahl von 1000 Panzerkampfwagen, über die Theo Blank bereits Mitte Oktober "verfügt" haben will, dürfte, wenn alles glatt geht, etwa zu Jahresbeginn 1957 erreicht werden. Soweit zur Stückzahl. Aber was soll denn diese Zahlenspielerei? Schätzungsweise die Hälfte der von den Amerikanern bereits gelieferten Panzerkampfwagen steht noch in Depots herum, beispielsweise in Bremerhaven, und mit den "im Einsatz" befindlichen Tanks fahren sich die Panzersoldaten der Bundeswehr im wesentlichen immer noch übungsweise ein. Für die bereits vorhandene Zahl an Panzerkampfwagen fehlt es heute noch an den erforderlichen Besatzungen. Bis zu verbandsweisen Manövern wird es also noch eine Weile dauern, und über den Zeitpunkt einer tatsächlichen "Einsatzfähigkeit" von westdeutschen Panzerseinheiten dürfte vermutlich kein Unterrichteteter eine Wette eingehen wollen.

Wer fragte Herrn Blank ?

Die Erklärungen Blanks über Atomwaffen und Umrüstung - "Wer spricht nach Ungarn schon noch davon?" - sind eine verspätete, wenn auch nicht nötig gewesene Selbst-Bestätigung des Urteils, das die Öffentlichkeit inzwischen längst über ihn und seine Ministertätigkeit gewonnen hat. Wahrscheinlich wird sich der neue Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss gegen diesen verunglückten Rehabilitierungsversuch seines Vorgängers mit der gewohnten Dynamik zur Wehr setzen. Blank wollte offensichtlich die neue Konzeption seines im langen Zweikampf siegreich gebliebenen Nachfolgers sozusagen "nagig" machen. Doch das soll der CDU-internen Koordination überlassen bleiben.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik wird aber sehr aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen haben, dass da in Essen ein Mann, den man trotz allem einen wichtigen Posten im CDU-Vorstand übertragen hat, aus ihrer begreiflichen Unruhe über die internationalen Vorgänge - allerdings nicht nur in Ungarn! - zunächst persönliches, dann aber auch parteipolitisches Kapital zu schlagen versuchte. Wer hat Herrn Blank gefragt, wie schnell und wie viele Divisionen und Panzer bereitgestellt werden könnten? Und, Herr Blank, gegen wer? Und mit wem?

Die "Österreichische Neue Tageszeitung", das Wiener Blatt der

OVE, also der Bruderpartei der CDU/CSU, erklärte in einer Betrachtung über die strategische Situation der Bundesrepublik ("... wenn ihr (der Bundeswehr) vom ersten Augenblick an die angelsächsische Luftwaffe und Seemacht hundertprozentig zur Verfügung (!) stünde und ihr aus der Tiefe des Raumes schnell wenigstens französische Hilfsverbände zuwüchsen...") sehr klar und aufschlussreich: "Die Hilfe der Freunde kommt dann schon, wenn sie nicht mehr aussichtslos erscheint". Aber solche und ähnliche simple Feststellungen können natürlich dem Strategen Blank nicht stören, der am letzten Tage seiner enderthalbjährigen Ministerzeit zwar über 1000 gepanzerte Fahrzeuge, aber nicht über die dafür notwendigen ausgebildeten Soldaten und nicht einmal über genügend Kasernen verfügte, um die Freiwilligen, die seiner "Schwpropaganda" vertraut hatten, auch unterzubringen.

Wie im übrigen diese Freiwilligen selbst auf "Ungarn" reagierten, das sollte sich Herr Blank recht schnell von der zuständigen Stelle seines ehemaligen Ministeriums sagen lassen. Dort wird er nämlich erfahren, dass, wie ein sehr gut unterrichteter Informationsdienst schon mitteilte, die Zahl der Freiwilligenmeldungen unter dem Eindruck der Ungarn-Krise "empfindlich" zurückgegangen ist. Sogar Anträge, die schon einberufungszweifel bearbeitet worden waren, sind zurückgenommen worden. Man war nämlich der Meinung gewesen, dass eine kriegerische Entwicklung auf lange Zeit nicht akut sein würde ...

Mangelnde Kenntnis der SPD-Vorstellungen

Herr Blank hat sich in Essen auch, wie denn sonst, an der SPD gerieben und behauptet, sie würde, an die Regierung gekommen, 1. nicht wieder aus dem Militärbündnis des Westens austreten, 2. nicht die Bundeswehr abbauen und 3. auch nicht die Wehrpflicht abschaffen. Um von rückwärts anzufangen: 1. die SPD hat auf ihren Münchener Parteitag und später erklärt, dass sie, 1957 an die Regierungsverantwortung gerufen, die Wehrpflicht wieder abschaffen wolle. 2. die Tüchtigkeit des Herrn Blank hat es reichlich schwer gemacht, die Bundeswehr wieder "abzubauen", denn er hat mehr ein grosses Durcheinander, als einen grossen Aufbau hinterlassen. Über Organisation und zahlenmässige Stärke der Bundeswehr wird aber nach Zweckmässigkeits- und Notwendigkeitsgründen entschieden werden, nicht nach Blanken Theorien. 3. die SPD wird als demokratische Regierungspartei die völkerrechtlich legal zustandegekommenen Verträge selbstverständlich einhalten, aber sie wird in Verhandlungen mit ihren Vertragspartnern eine den allgemeinen, aber auch den deutschen Interessen dienende Revision zu erreichen suchen, die ja in den Verträgen selbst vorgesehen ist. Alle drei Feststellungen hätte Blank eigentlich auch selbst treffen können, wenn er sich der lehrreichen Lektüre offizieller sozialdemokratischer Erklärungen widmen würde.

Das deutsche Volk würde es allerdings in seiner grossen Mehrheit sehr begrüssen, wenn Herr Blank nicht nur nicht mehr daherreden, sondern nach Möglichkeit überhaupt nicht mehr reden würde. Als "Kadaverchef", zu dem ihn die CDU für die zwar oft angekündigte, aber nie erreichte Straffung ihrer Organisation gemacht hat, braucht er doch gar nicht zu reden. Er könnte bei dieser Aufgabe - ohne Vorbehalte für irgend jemanden - ganz in der Stille wirken. Das Reden hat im übrigen sein Nachfolger übernommen, und dessen mündliche Leistungen haben die Bevölkerung der Bundesrepublik bisher schon so schockiert, dass es ihr völlig genügt, wenn ein Verteidigungsminister redet, und dann natürlich nur der aktive.